

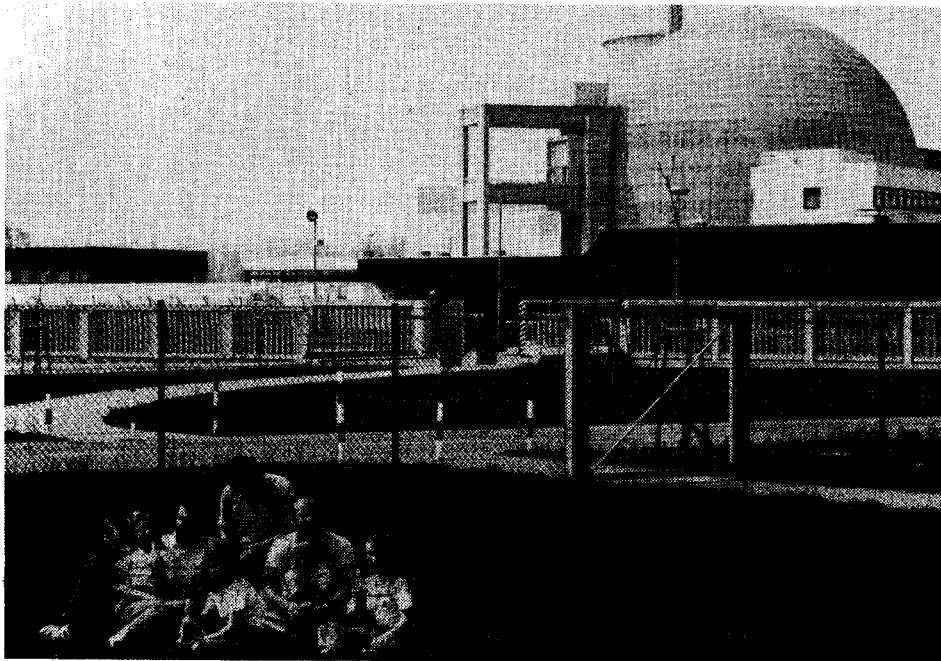
Grünschnabel

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT

Grüne Liste Büttelborn

1987 ereignete sich im Atomreaktor Biblis ein schwerer Störfall. Mit Glück sind die Menschen im Rhein Main Gebiet noch einmal knapp an einer Katastrophe "vorbeigeschliddert". Das seriöse US Fachblatt "Nucleonics Week" schreibt von einem Ereignis von "höchster Bedeutung für die Anlagensicherheit". Eine Kernschmelze wäre laut "Nucleonics Week" möglich gewesen. Selbst der hessische Umweltminister Weimar erklärte in einem Anfall von Wahrheitsliebe den hessischen Landtagsabgeordneten, daß der Störfall mit höherer Wahrscheinlichkeit zu einer Katastrophe hätte führen können. Doch wurde er schnell wieder in das wackelige

Kurz vorm GAU!



Gebäude der Vertuschungsstrategen zurückgepfiffen.

Jetzt wendet man einen uralten politischen Trick an: Man entläßt wahrscheinlich einige Verantwortliche. Damit will man das Volk wieder beruhigen.

Profit und Schlamperei

Wie kam es eigentlich zu dem BEINAHE-SUPER-GAU in Biblis ?

Handelte es sich um eine katastrophale Schlamperei der Reaktorbetriebsmannschaft oder war es etwa rein wirtschaftliches Kalkül der Reaktorbetreiber ? Es trifft wohl beides zu:

- Das Abschalten des Blockes A in Biblis hätte pro Tag immerhin ca. eine Million DM gekostet.

- Zwei Kontrollschichten ignorieren 16 Stunden lang einfach eine blinkende Warnlampe, weil diese Lampe schon des öfteren Fehlalarm gab. Nachdem noch andere Warnsignale den Defekt anzeigten, begann die Mannschaft endlich zu reagieren. Allerdings machte sie dabei einen katastrophalen Fehler. Anstatt den Reaktor abzuschalten, öffneten sie ein Prüfventil, die letzte Absicherung zwischen Reaktorsicherheitsstrakt und der restlichen Anlage. Hätte sich dieses Ventil nicht mehr schließen lassen, wäre es mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Katastrophe gekommen.

Aussteigen!

Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft!

Daß der Ausstieg möglich ist, haben verschiedene Energieexperten in ihren Untersuchungen gezeigt. Eine Studie zum Ausstieg aus der Atomkraft wurde am 22.5.1986 vom damaligen Umweltminister Joschka Fischer veröffentlicht.

Katastrophenschutz für Büttelborn:

Hätten wir eine Chance?

Am 26.12.1988 forderten wir in der Gemeindevertretung eine öffentliche Erläuterung des Katastrophenschutzplans für Büttelborn und den Kreis Groß Gerau im Falle eines GAUs von Biblis.

Unser Antrag im Wortlaut:

"Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine öffentliche Veranstaltung vorzubereiten, in der der Katastrophenschutzplan für die Gemeinde Büttelborn und den Kreis Groß Gerau im Falle eines GAU (Atomkatastrophe Biblis) vorgestellt und erläutert wird.

Die administrativen Maßnahmen sollen hierbei der Bevölkerung erklärt werden. Dabei soll auf alle Fragen der Bürgerinnen und Bürger eingegangen werden.

Die örtlichen Natur- und Umweltschutzverbände, die Bürgerinitiative "Worfelder Energiegemeinschaft" sowie die Vertreter der örtlichen Parteien werden geladen und es soll ihnen Raum für Stellungnahmen gegeben werden.

Die Veranstaltung findet spätestens im Januar 1989 statt."

Für diesen Antrag gab es eine breite Mehrheit im Gemeindeparlament.

Anlaß zu unserem Antrag war eine Erinnerung.

Es war ein paar Wochen nach Tschernobyl. Dr. Sextro von der Worfelder Energiegemeinschaft referierte über den Katastrophenschutz. Leider waren zu diesem Abend nur wenige Leute gekommen. Die vaterländische Parole "Die deutschen Atomkraftwerke sind sicher !" hatte ihre Wirkung hinterlassen. Nun sind wir selber mit Biblis gerade noch einmal davongekommen.

Was wäre denn aber passiert, wenn es zu einem Gau in unserem Ballungsraum gekommen wäre ?

Wir finden, das sollten uns die Verantwortlichen für die sogenannte Reaktorsicherheit in Wiesbaden doch einmal erzählen.

Viele Fragen tauchen auf:

Wird nicht das betroffene Gebiet militärisch abgeriegelt werden ?

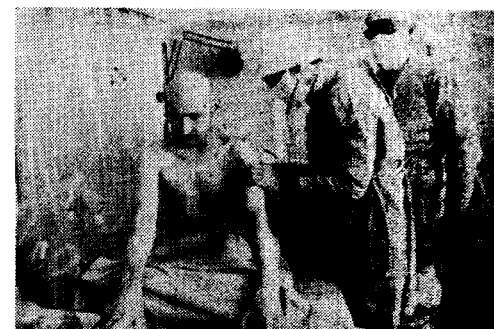
Wie stellt man sich die Evakuierungen vor ?

Welche Erfahrungen hat man aus Rußland ?

Gibt es genug Spezialärzte ?

Sind Umsiedlungen geplant ?

Kurzum: Der Bürger, der weiterhin Atomstrom benutzen soll, darf auch die ganze Wahrheit erfahren.



Tschernobyl-Opfer auf der Strahlensituation

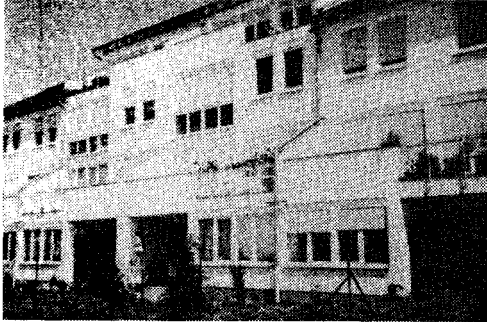
Die Gemeindeverwaltungen hat einen Schriftverkehr an die zuständigen Stellen eingeleitet. Der Veranstaltungstermin im Januar wird bekanntgegeben.

Hearing im Januar.

Vorbemerkungen:

Die Gemeinde hat durch den Landverkauf für das Gelände der Mülldeponie an die Riedwerke über 3 Millionen DM Gewinn gemacht. Dieses Geld ist der Preis für Landschaftszerstörung und dauernder Bedrohung des Grundwassers. Es muß der Landschaft und Natur wieder zurückgegeben werden. Darüberhinaus sollte es für besonders akute soziale Brennpunkte der Gemeinde eingesetzt werden.

Sozialer Wohnungsbau



"Zum größten Schlag" innerhalb des Haushaltes holen wir im sozialen Bereich aus. Neben mehr Mittel für die Volkshochschule und die Frauenhäuser beantragen wir für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus eine Million DM für 1989 und jeweils in den beiden Folgejahren. Wir wollen damit nicht zuletzt bei den anderen Parteien eine Signalfunktion hervorrufen. Auch wenn diese Forderung auf den Ausschusssitzungen anfangs belächelt und mit Skepsis bedacht worden ist, hoffen wir doch auf einen Meinungsbildungsprozess. Denn der Wohnungsmarkt im Rhein-Main-Gebiet und damit in Büttelborn ist für die sozial Schwächeren wie junge Familien mit Kindern und ältere Bürger "schlichtweg kaputt". Die Wohnungssuche ist ein Spießrutenlaufen und für viele eine Erniedrigung. Die Spitze des Eisbergs ist für Büttelborn in der Liste der Antragsteller für Sozialwohnungen zu sehen, in die sich schon über 50 Familien eingetragen haben. Dies alles zeigt, daß man den Wohnungsbau nicht nur allein der Privatinitiative überlassen kann. Die Kommunen müssen - so schmerzlich dies auch finanziell ist - einen Ausgleich bieten. Hier gilt es mit den sozialen Wohnungsbaugesellschaften ein Gesamtkonzept für die nächsten Jahre zu entwickeln. Hierbei geht es auch um andere Wege bei der architektonischen Gestaltung. Soziale als auch ökologische Aspekte müssen endlich zusammengeführt werden.

Landwirtschaftsplan

Für die Erstellung eines Flächennutzungs- und Landschaftsplanes sollen in einem Haushaltsposten von 100.000 DM angesetzt werden. Seit vier Jahren schleppen sich die Planungen durch das Kreisbauamt hin, ohne daß jetzt bedeutsame Ergebnisse vorliegen. Ein extra dafür geschaffener "Flächennutzungsplan-Ausschuß" ist die ganzen Jahre geradezu zur Bedeutungslosigkeit verurteilt gewesen. Wir wollen mehr Zügigkeit und Effizienz in die Planungen bringen, indem sie aus der Hand der "Bürokratie" genommen und dafür einem privaten Planungsbüro übergeben werden. Die Behörden und Verwaltungen sollten sich auf ihre eigentliche verwalterische Tätigkeit konzentrieren.

Kompostanlage

In einem weiteren Haushaltspunkt geht es um die Neugestaltung der Kompostanlage, da die alte durch Abdichtungsaufgaben der Landesregierung geschlossen werden mußte.

Es soll ein preiswertes Abdichtungskonzept verbunden mit einer verbesserten Kompostierungstechnik durch ein Fachbüro entwickelt werden. Wir von der GLB wenden uns damit gegen Ansätze, die Kompostierung kreisweit und zentral vorzunehmen.

Naturverbände

Die Unterstützung der örtlichen Naturschutzverbände soll - so unsere Auffassung - zu einem offensiveren Naturschutz in der Gemeinde führen. Dem immer weiter zunehmenden Artenschwund könnten sich der Bund und Vogelschutz und auch der Bund für Umweltschutz nur mit finanziell aufwendigeren Mitteln entgegenstellen. Für Aktionen dieser Verbände will die GLB 15.000 DM bereitgestellt wissen.

Obstbäume

So soll es zum Beispiel mit Hilfe dieser Mittel zu einer Pflanzaktion für ökologisch sehr wertvolle Hochstamm-Obstbäume in allen drei Ortsteilen kommen. Die sich daran beteiligenden Bürger(innen) erhalten einen Zuschuß für jeden gepflanzten Baum.



Obstbaum-Anpflanzungen sollen zukünftig von der Gemeinde finanziell unterstützt werden. Hier: Frieder Engel und Dieter Schulmeyer am Mühlbach in Worfelden.

Landwirtschaft

In einem anderen Haushaltsposten sollen die Landwirte mehr in den Naturschutz eingebunden und in die Pflicht genommen werden. Innerhalb eines Uferstreifen-, Ackerstreifen- und Feuchtflächenprogramm soll durch Ausgleichszahlungen auf Düngung und Spritzmittel verzichtet werden.

Naturflächen

Auch mit 200.000 DM für den Landkauf zielten wir auf eine weitere Intensivierung des Naturschutzes in der Gemeinde. So wünschen wir uns eine Vergrößerung der Schilfflächen von den Büttelborner Moorleichen über den Bereich "Backsteinhütte" hinaus. Für dieses Gebiet ist bis zum Anschluß an das Naturschutzgebiet Torfkaute eine Unterstellung durch den Bund für Vogelschutz beantragt. Eine Genehmigung ist aber nicht in Sicht. Wenn die neue Landesregierung in Wiesbaden systematisch hessenweit Barrieren bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten in den Weg legt, müssen die Gemeinden sich selbst helfen - notfalls auch in Form der Landkäufe.

Mehr Land in Naturgebiete umgewandelt werden muß auch innerhalb der Renaturie-

rung des Schlimmergrabens. Wir sind gegen die gegenwärtige "kleinliche" Planung, bei der nur im Bereich der Weiterstädter Teiche eine entscheidende ökologische Veränderung eintreten wird. In dem folgenden kilometerlangen Bachlauf in einer großteils ausgeräumten Landschaft darf nicht "gespart" werden.

Umweltbeauftragte(r)

All diese Maßnahmen sind für uns Grünen nur sinnvoll durchzuführen, wenn eine personelle Basis in Form eines Umweltbeauftragten in der Gemeindeverwaltung geschaffen wird. Beispiele seiner Tätigkeiten könnten sein: die Naturschutzvereine in ihrer Arbeit unterstützen, bei der Erstellung eines Landschaftsplanes helfen, eine Kartierung der Tier- und Pflanzenarten in der Gemarkung vorantreiben, Recyclingsbestreben innerhalb der Bürgerschaft durch Konzepte und Aktionen intensivieren. Ein ehrenamtlich berufener Umweltbeauftragter, der dies als Hobby wahrnimmt, reicht für die Bedeutung des Umweltschutzes heute und in der Zukunft nicht aus.

Rad- und Wanderwege

100.000 DM will die GLB für den Ausbau von Rad- und Wanderwegen vorsehen. Wichtig dabei sind einmal der Ausbau der "Sprungstellen", das heißt die Verbindung schon befestigter Wege zwischen anderen Kommunen, so z.B. mit Weiterstadt. Weiter sollten die Wanderwege so verbessert werden, daß sie auch bei schlechten Wetterbedingungen begehbar sind. In diesem Sinne sollten auch die bestehenden Feldwege, die durch die Landwirtschaft verschmutzt werden, öfters geräumt und gesäubert werden.

Verkehrsberuhigung

Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sollten in Büttelborn zügig und flächendeckender vorangetrieben werden. Die vorgesehenen isolierten Einzelmaßnahmen haben keine durchgehende Wirkung. Deshalb sind die im Haushalt vorgesehenen 50.000 DM "ein Tropfen auf den heißen Stein". So sollten für bauliche Maßnahmen und für Tempo 30-Strassen in allen drei Ortsteilen insgesamt 200.000 DM bereitgestellt werden.

Kindergarten

Wir unterstützen die Forderung des Elternbeirates vom Klein Gerauer Kindergarten auf eine verbesserte personelle Besetzung. So sollte die Betreuerzahl in allen Büttelborner Kindergärten an dem Kreisquerschnitt orientiert werden. In den Nachbargemeinden kommen auf eine Betreuerin 22 Kinder, in Büttelborn sind es dagegen 25 Kinder.

Zwischenbilanz "negativ":

In den seitherigen Haushaltsberatungen wurden von der SPD/GSU-Mehrheit die meisten Anträge zum Umweltschutz abgelehnt. Kompromisse gab es nur für Bereich "Naturverbände" und "Landwirtschaft". Angenommen wurde der Obstbaum-Antrag, Antrag "Sozialer Wohnungsbau" muß noch beraten werden. Von der Verwaltung wurde der "Soziale Wohnungsbau" als eigene Idee vereinbart: Obwohl von Verwaltung keine Mittel dafür vorgesehen, wurden plötzlich ohne parlamentarische Abstimmung Zuschüsse für 2 Mehlfamilienhäuser beantragt. Trotzdem: Ein Teilerfolg für uns! Sonst wäre überhaupt nichts geschehen.

Anfang Januar wird noch eine Haupt- und Finanzausschußsitzung stattfinden. Am 25. Januar wird der Haushalt in der Gemeindevertretung beschlossen werden.



kommt nach Büttelborn!

Wahlveranstaltung der GRÜNEN im Kreis Groß Gerau.

Mittwoch, den 15. Februar 1989, 20 Uhr

Volkshaus Büttelborn

Achtung Klein Gerauer! Christbaum-Sammelaktion



Wie in jedem Jahr holt die Grüne Liste kostenlos Euere alten Christbäume ab und führt sie der Kompostierung zu. Ihr werdet gebeten, Euere Christbäume am **Samstag (14.1.89) bis 9 Uhr**

vor die Eingangstüren oder Hof Tore zu stellen.

Impressum:

Verantwortlich für Inhalt: Fraktion der GLB
Mitarbeit an der Zeitung: Peter Best, Martin Gölzenleuchter, Frieder Engel, Josef Korent, Jürgen Pohl, Thomas Schneider
Kontaktadresse: Peter Best, Mozartstraße 26, 6087 Büttelborn, Tel. 54 525

Wahlprogramm

Marz 1989

Unsere Perspektiven für die nächsten 4 Jahre kommunaler Arbeit werden wir schrittweise in den nächsten beiden Ausgaben unseres "Grünschnabels" darlegen. Diesmal geht es um den innerörtlichen Verkehr.

Thema: Verkehr

Der Trend scheint unaufhaltsam: Immer mehr Autos.

Die negativen Folgen des zunehmenden Verkehrs müssen vermindert werden. Eine Maßnahme, die in den Händen der Kommunen liegt, ist die Verkehrsberuhigung.

Verkehrsberuhigung bedingt:

- viel weniger Unfälle
- Vermindern der Unfallverletzungen
- besseres Nebeneinander von Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer
- weniger Abgase
- weniger Lärm.

Folgende Maßnahmen sollten dazu in den Büttelborner Ortsteilen durchgeführt werden:

- Tempo 30
(Forderung des Deutschen Städtetages)
- Regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen
- Bauliche Veränderungen der Straßenführung
- Information und Werbung.

Stoppt die Raserei!

Tempo 30 wegen uns.



Für die Büttelborner Ortsteile existiert schon ein Rahmenplan für die Verkehrsberuhigung (Dr.-Ing.von Mörrner, Darmstadt 1987).

Wir werden uns dafür einsetzen:

- daß er aktualisiert wird (Tempo 30),
- daß er endlich in den Fachausschüssen beraten wird,
- daß er nicht nur punktuell sondern flächendeckend realisiert wird.

Mein Auto fährt auch ohne Wald.

Gedanken zum Verkehr

"Mein Auto fährt auch ohne Wald". Wer hat diesen schrecklich dummen Spruch nicht schon mal in Form eines Aufklebers an irgendeinem Auto gesehen?

Wir sind uns kaum bewußt, wie das Auto in den letzten 40 Jahren unser Leben und unsere Umwelt verändert hat.

In den Zeiten des Wirtschaftswunders. Ende der fünfziger und in den sechziger Jahren wurden viele gewachsene Ortsbilder den "modernen" Anforderungen geopfert. Straßen wurden begradigt, um den Verkehr noch schneller zu machen. Im Wege stehende "alte Hütten" (Fachwerkhäuser) wurden abgerissen, um dem liebsten Kind, dem Auto Platz zu machen. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß das historische Rathaus in Klein-Gerau überhaupt noch steht: Die damalige Klein-Gerauer Mehrheitspartei, die SPD, hatte schon einstimmig den Abriß beschlossen, weil es "den Verkehr behinderte".

Wir können uns heute solche radikalen Gedanken nicht mehr vorstellen, und das ist auch gut so. Die alten Werte werden heute wieder mit ganz anderen Augen als noch vor 20 Jahren gesehen.

Nun geht es allerdings auch nicht darum, das Auto als den alleinigen Schuldigen an der Misere der heutigen Umwelt zu brandmarken.

Wir sind der Meinung, daß jedem Verkehrsmittel sein Platz gebühren sollte. Wer könnte es sich heute noch vorstellen, in einer Landgemeinde wie Büttelborn, Klein-Gerau oder Wolfelden, ständig ohne Auto auskommen zu können? Nur sollten wir uns alle fragen, ob denn alle Besorgungen damit erledigt werden müssen. Vieles läßt sich in einer kleinen Gemeinde auch zu Fuß oder mit dem Rad besorgen. Das ist besser für die Umwelt und für die Gesundheit sowieso.

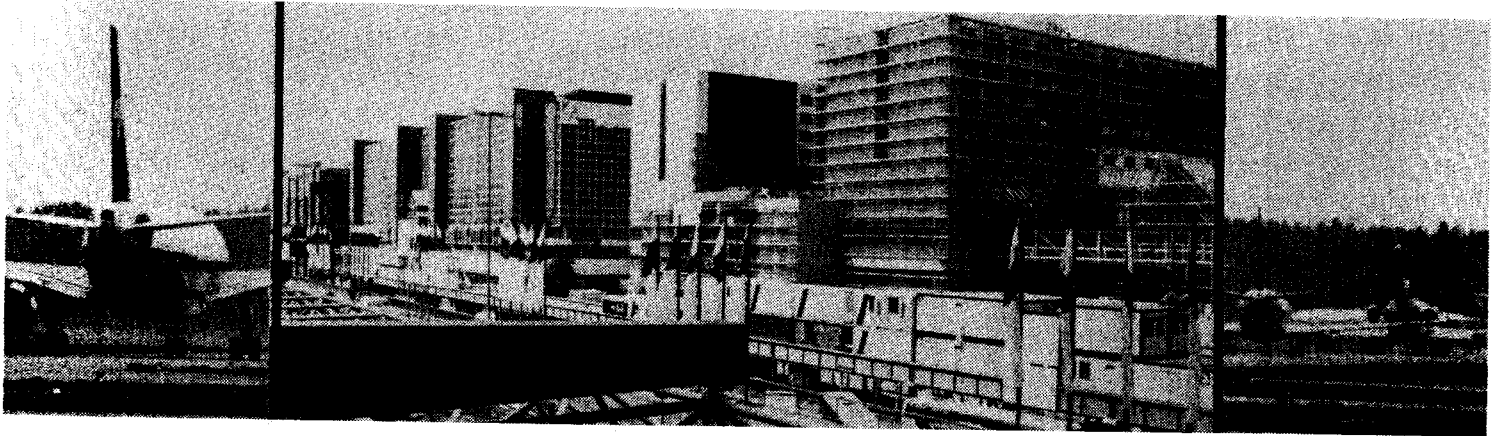
Verkehrsberuhigung muß in den Köpfen stattfinden, Zwangsmaßnahmen sind erfahrungsgemäß nicht in der Lage, etwas zu verändern.

Wenn sich die Bürger darüber einig sind, daß es den Rasern an den Kragen gehen soll, dann werden auch die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen angenommen, ohne daß sich die Anlieger in ihren Rechten angegriffen fühlen; schließlich profitieren auch sie von einem ruhigeren Straßenverkehr.

Die Kommunalpolitiker sind gefordert, den Bürgern Angebote zu machen und mit ihnen darüber zu reden.

Leider wurde bisher der für unsere Gemeinde erstellte Rahmenplan des Verkehrsbüros MÖRNER nicht in der Gemeindevertretung beraten. Die SPD Mehrheit hielt das nicht für nötig und lehnte einen Antrag der GLB auf Beratung in den Ausschüssen ab. Schade! ●

Wachsen!



Wer öfters am Airport vorbeikommt, wird die rege Bautätigkeit nicht übersehen haben. Nachdem 1986 begonnen wurde, den Tower im Süden des Areals zu bauen und gleich umfangreiche Munitionsräumungen in diesem Gebiet abgewickelt wurden, legte die Flughafen-AG 1987 ihr neues Konzept vor.

... bis zum Jahr 2000 weit über 5 Milliarden Mark für den Flughafenbau investiert.

Danach sollen bis zum Jahr 2000 weit über 5 Milliarden Mark für den Flughafenbau investiert werden:

- Die Planung einer weiteren Empfangshalle ist abgeschlossen. Mit dem Bau soll 1989 begonnen werden.
- Frachtanlagen sollen gebaut werden und im Westen wird wohl noch ein Hubschrauberlandeplatz erstellt.

Damit wird der Boden zugebaut, so daß es immer weniger Platz zum Landen gibt.

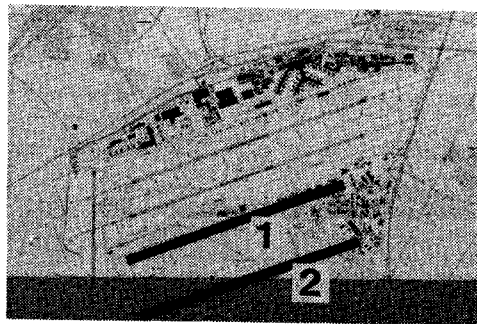
Noch spricht der hessische Wirtschaftsminister Schmidt davon, die Nachflugbeschränkungen nicht auszuhöhlen und auch keine weitere Landebahn zu planen. Das galt aber nur bis Ende 1988. Von der Lufthansa, der Flughafen-AG, der Internationalen Air Transport (IATA), dem Deutschen Industrie- und Handelstag, der Industrie- und Handelskammer, dem Deutschen Reisebüro Verband (DRV) und dem Frankfurter Oberbürgermeister Brück wird die Landesregierung wohl zu einer weiteren Landebahn und einer Landemöglichkeit auf der Startbahn West gedrängt werden.

Neue Landebahn?

Es existieren bereits *Planspiele* hierfür:

① Das bestehende Parallelbahnsystem läßt aus Sicherheitsgründen einen voneinander unabhängigen Flugbetrieb nicht zu, weil die Bahnen zu nahe zusammen sind. Eine Möglichkeit dem Engpaß zu entgehen, wäre der Bau einer dritten Parallelbahn zu den beiden bestehenden Bahnen im Süden. Diese wäre dann unabhängig von der Nordbahn gleichzeitig mit dieser zu betreiben. Die mittlere Bahn müßte gleichzeitig mit der 18 West betrieben werden, was aber wegen der wechselnden Windrichtungen nicht immer möglich sein wird.

Wachsen! Wachsen!



Planspiel-Varianten der zukünftigen Landebahn.

② Eine zweite Lösung geht dahin, ebenfalls eine neue Südbahn zu bauen, allerdings in 1300 m Abstand zu der jetzt schon existierenden Südbahn. Man hätte dann das Areal der Nordbahn für Vorfeldflächen zur Verfü-

gung, müßte aber die Amerikaner mit ihre Airbase zwischen zwei Bahnen belassen. Mi denen wird seit geraumer Zeit bereits mit dem Ziel einer Verlegung nach Ramstein verhandelt - wohl erfolglos. Vielmehr wolle die USA das Passagier-Terminal auf Rhein-Main für ca. 15 Millionen DM erweitern.

Um seine zentrale Rolle zu behalten, wird der Frankfurter Flughafen seine Kapazität unbedingt erweitern müssen - nicht zuletzt wegen der Konkurrenz des Ende 1991 in Betrieb gehenden Münchener Flughafens Erdinger Moos.

Die für 1992 im Zuge des europäischen Binnenmarkts verordnete Liberalisierung des Luftverkehrs läßt einen explosionsartiger Anstieg a la USA erwarten.

Vor allem die Entwicklung des Luftfrachtverkehrs, über den hauptsächlich Hochtechnologieprodukte befördert werden, läßt eine rigorose Ausbaupolitik befürchten.

Die alte Frage "Qualifizierter Arbeitsplatz oder intakte Umwelt?" wird wieder gestellt.

Weiter wird es heißen: "Ziemlich jede(r) ist heutzutage schon mal geflogen, für diesen Luxus muß man außerhalb der Urlaubszeit halt Lärm und schlechte Luft in Kauf nehmen." Für Manager und Technikspezialisten entsteht in Frankfurt bereits ein "Konferenzzentrum" nach dem Motto "einfliegen - reden - ausfliegen".

Startbahn West nun ein Flop?

Wie steht es bei dieser Entwicklung um die Bedeutung der Startbahn West?

Dieses berühmt-berüchtigte Bauwerk der Nachkriegsgeschichte schickt sich bei den laufenden Planungen ohnehin an, als größter Flop noch berühmter zu werden.

Hatte es bei den Voraussagen damals noch geheißt, die Startbahn würde über 70 % Flugbetriebszuwachs bringen, wurde das bei dem sogenannten Hearing im Landtag schon auf 7-11 % relativiert. Heute weiß man, daß bei einem Zuwachs von 8 % im Frankfurter Flugverkehr die Startbahn West bereits ausgereizt ist.

Die ganzen Demonstrationen, Auseinandersetzungen mit Verletzten und den ermordeten Polizisten, unzählige Strafverfolgungen und Gerichtsverhandlungen - und jetzt eine Fehlplanung. Ein schlechter Witz des Schicksals?

Und wer sagt, daß die nächste Planung besser sein wird?

Was können wir tun?

Enweder wir wehren uns von neuem gegen die Folgen: Beton plus Fluglärm statt Natur.

Oder

... wir klotzen von Anfang an mit, damit der Flughafen seine Start- und Landebahnen gleich bis nach Worfelden bauen kann.